

Die CDU-Gründer waren keine Missionare oder gar religiöse Fundamentalisten. Der christliche Glaube stand keineswegs im Widerspruch zu rationalem Kalkül und taktischem Geschick im politischen Raum, wofür nicht zuletzt Konrad Adenauer ein Beispiel ist. Er war bekennender Katholik, grundsatzorientiert, zugleich erfolgreicher Politiker und Staatsmann. Ein deutsches Magazin brachte dies zum Ausdruck: Adenauer sei praktizierender Christ, „aber man kann sich diesen Mann nur schwer im Beichtstuhl vorstellen“. Man fragt sich: Warum setzte sich die Partei trotz der abzusehenden Probleme mit ihrem „C“ einem solchen Unterfangen aus – gewissermaßen als „Stachel im Fleisch des Säkularismus“, wie es ein evangelischer CDU-Politiker ausdrückte?

## Entscheidung für das „C“

Für die CDU-Gründer im Nachkriegsdeutschland lag die interkonfessionelle C-Partei „in der Luft“ (Jakob Kaiser). Sie entsprang der weitverbreiteten Haltung, dass die christlich-humanistische Ethik des europäischen Kulturraums diejenigen sittlichen Normen und Grundwerte verkörpere, die der Nationalsozialismus und der Totalitarismus mit Füßen getreten hätten.

Die interkonfessionelle Union sollte als Partei der Mitte Christen verschiedener Bekenntnisse zusammenführen, Menschen aller Schichten sowie verschiedener Überzeugungen und Interessen sollten sich in ihr zusammenfinden. Und selbstverständlich wollte die Union auch für

Nichtchristen und Angehörige anderer Weltanschauung offen sein. Das „C“ steht für Toleranz sowie für interreligiösen und interkulturellen Dialog; es ist zugleich die Klammer der liberalen, konservativen und christlich-sozialen Kräfte in der Union.

Aber es gab und gibt unterschiedliche Interpretationsweisen des „C“ und seiner Verhältnisbestimmung zu Politik, Kultur und Öffentlichkeit. Die Katholiken argumentierten zumeist naturrechtlich, das heißt von der christlichen Ethik her, in deren Zentrum Person und Menschenwürde sowie die bekannten Sozialprinzipien Solidarität, Subsidiarität, Gemeinwohl und der Gerechtigkeit stehen – ethische Normen, die selbstredend „entwurfs offen“ sind (Wilhelm Korff).

Für das Gros der Protestanten hingegen, die statt „christlicher Politik“ lieber von einer „Politik aus dem Glauben“ sprechen, sind der augustinischen Erbsündenlehre folgend, das heißt der sittlichen Unvollkommenheit des Menschen und der Gottferne des säkularen Bereichs –, die Verbindungslien zu naturrechtlichen Begründungen abgeschnitten; sie legitimieren ihre Politik eher theologisch-biblisch. Deswegen hat Karl Barth, mit Hans Asmussen Autor der *Barmer Theologischen Erklärung* der Bekennenden Kirche (1934), nach 1945 den Protestanten vom Zusammenschluss mit den Katholiken, den „Römischen“, in einer „C“-Partei abgeraten.

Konrad Adenauer hatte die Fallstricke der unterschiedlichen Interpretations-

möglichkeiten des „C“ erkannt und in sein Programm für die CDU der britischen Zone (1946) Konsensformeln aufgenommen, die der Ambivalenz des „C“ Rechnung trugen. Menschenwürde, Personidee, Verantwortungsethik, Freiheitsidee und Rechtsstaatsgedanke sind die Grundlagen christlicher Demokratie, die sich aus der „christlichen Ethik“, dem „christlichen Naturrecht“ sowie der christlich-europäischen beziehungsweise „christlich-abendländischen Kultur“ ableiten. Das „C“ wird also verantwortungsethisch interpretiert; es schließt die Orientierung an religiös-ethischen und kulturellen Werten ein und stellt, nicht zuletzt auch in seinen konfessionellen Ausprägungen, eine bedeutende ordnungspolitische Potenz dar (Alfred Müller-Armack: Soziale Irenik, 1950).

## Zwischen Akzeptanz und Kritik

Die Tatsache, dass vor allem in der Gründungs- und Konsolidierungsphase Westdeutschlands in breiten Bevölkerungskreisen die Leitideen der Union so selbstverständlich akzeptiert wurden, führt dazu, dass die CDU das „C“ „relativ unproblematisch“ genommen hat (Paul Mikat). Die Union konnte darauf bauen, dass das „C“ als politische Grundorientierung auf breites Verständnis stößen und die christliche Demokratie zu einer bedeutenden Polit-Marke avancieren würde, ohne dass ein umfassendes Grundsatzprogramm erforderlich gewesen wäre. Das „C“ fungierte so als Identitätskern der Union, vergleichbar den Grundsätzen und Leitideen der konkurrierenden politischen Bewegungen des Liberalismus, Konservatismus und des Sozialismus.

In beachtlichem Umfang wurde die Vermittlung des „C“ von den beiden Kirchen, näherhin den kirchlichen Vereinen und Verbänden KAB, EAB, Kolping, den katholischen und evangelischen Unternehmern-, Angestellten-, Akademikerver-

bänden und Studentenverbindungen besorgt. Diese operierten im vorpolitischen Raum, wobei sie ihre politischen Programme an der katholischen Soziallehre beziehungsweise der evangelischen Sozialethik ausrichteten.

Aufgrund seiner Ambivalenzen bot das „C“ auch einige Angriffsflächen für die politische Agitation. Anstößig für die Konkurrenten und Kritiker war zumeist die Wahlhilfe, die die Union vor allem seitens der katholischen Kirche erfuhr. Der Politologe Thomas Ellwein sah in den „konfessionellen Ansprüchen“ der Kirchen gar eine „Gefahr für den Aufbau einer demokratischen Ordnung“ der Bundesrepublik (*Klerikalismus in der deutschen Politik*, 1955). Bruno Heck, Bundesgeschäftsführer der CDU, konzidierte: Ellweins Aufzählung der „Sünden“ auf katholischer Seite sei zutreffend, jedoch einseitig.

Was Ellwein anprangerte, war der „Machtwill“ des Klerus, „direkt oder über die Gläubigen politischen Einfluss auszuüben“. Die Union profitierte erheblich von der Unterstützung der katholischen Kirche und ihrer heteronomen Morallehre, die den Gläubigen in Kirchenzeitungen und in Wahlhirtenbriefen die „C“-Parteien und ihre Kandidaten wegen ihrer „Orientierung am christlichen Naturrecht“ empfahlen.

Doch erodierten die kirchlichen Milieus schon in den 1950er-Jahren; innerhalb weniger Jahre sollten sich die Parteipräferenzen der deutschen Wählerschaft ändern. Induziert wurde diese Entwicklung nicht zuletzt auch durch Geistliche, die die spezifisch kirchenamtliche Naturrechtsinterpretation überhaupt für unzeitgemäß hielten. Mit der sozialethischen Neuorientierung der katholischen Kirche seit Papst Johannes XXIII. (1958 bis 1963) und dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962 bis 1965) findet die neuscholastische Soziallehre ein abruptes Ende. Gemäß dem neuen Argumentationsstil

im Sinne personaler Ethik nähert sich die katholische Morallehre der Verantwortungsethik an. Zugleich verbessern sich die Beziehungen zwischen Kirche und Gemeinwesen. Der Nestor der katholischen Soziallehre, der Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning SJ, Berater der SPD-Grundsatzkommission, sieht im gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Programms (1959), das als erstes deutsches SPD-Programm die christliche Ethik positiv wertet, ein „kurz gefasstes Repetitorium der katholischen Soziallehre“.

Die engen Verbindungen zwischen katholischen Verbänden und CDU-Positionen sollten sich in den 1960er-Jahren beträchtlich lockern. Zwar hatte die CDU bei den Bundestagswahlen 1969 mit 62 Prozent doppelt so viele Stimmen wie die SPD auf sich versammelt, doch gelang es der SPD erstmals, die CDU in katholisch geprägten städtischen Gebieten zu überflügeln und in einer Koalition mit der FDP die seit 1949 regierenden Unionsparteien abzulösen.

### Grundsatzorientierung und Gesellschaftswandel

Angesichts der gesellschaftlich-politischen Veränderungen beschloss die CDU unter der Führung von Helmut Kohl auf ihrem Bundesparteitag 1973 eine politisch-programmatische Reform der Partei. Vorsitzender der Grundsatzprogrammkommission wurde Richard von Weizsäcker, der schon die Grundsatzkommission der Partei geleitet hat. Hinsichtlich der Frage, ob es denn eines umfänglichen Grundsatzprogramms bedürfe oder ob nicht wie bisher die Formulierung von Leitsätzen genüge, da man doch aus einem festen sozialethischen Fundus heraus Politik betreibe, gab von Weizsäcker zu bedenken: Der Kern der CDU-Programmatik, das christlich geprägte Bild des Menschen, bleibe selbstredend gültig. „Aber Grundsätze

sind kein selbstdärtiger Besitz; sie werfen eben nicht automatisch politische Zinsen ab, von denen sich gut leben lässt. Vielmehr sind sie nur dann lebendig, wenn wir sie uns in der ganzen Partei immer von Neuem zu eigen machen. Denn wir stehen ja vor immer neuen Herausforderungen der Technik und Wissenschaft, der wirtschaftlichen Dynamik und der sozialen Entwicklung. Unter diesem Einfluss wandeln sich unsere Lebensbedingungen ständig. Auf diesen Wandel dürfen wir nicht nur reagieren, wir müssen ihn politisch gestalten, und dazu bedürfen wir des Antriebs und der Leitlinien verbindlicher Grundsätze.“ Dies aber habe das Berliner Programm von 1968, das nur ein Aktionsprogramm gewesen sei, nicht leisten können.

Für Kurt Biedenkopf, den neuen Generalsekretär der CDU, und die Grundsatzprogrammkommission galt es, ein Manko christlich-demokratischer Programmatik zu beheben. Die Grundsatzprogrammkommission, die von renommierten Philosophen, Theologen, Sozialwissenschaftlern und Publizisten beraten wurde, hatte die Aufgabe, mit dem neuen Grundsatzprogramm eine politiktheoretische Basis zu schaffen, die die wertmäßige Verankerung im Christentum ausswies, zugleich aber auch dem veränderten gesellschaftlichen und ideenpolitischen Kontext christlich-demokratischer Politik Rechnung trug.

Kurt Biedenkopf beschrieb diese Aufgabe: „Nur eine Partei, die ihre Grundwerte fest verankert weiß, kann sie flexibel anwenden, ohne sie opportunistisch zu verraten. Unsere Politik muss sich an unseren Grundwerten bewahren und notfalls von ihnen her kritisieren lassen. Diese Grundwerte bergen somit ein kritisches, auf Veränderung drängendes Potenzial. In ihren Konsequenzen sind sie nachvollziehbar, einsichtig und bedeutsam auch für jene, die nicht an ihre christliche Begründung zu glauben vermögen.“

Denn sie führen nicht zu einer ‚christlichen‘ Politik, einer ‚christlichen‘ Partei oder einer ‚christlichen‘ Demokratie, sondern zu einem bestimmten politischen Stil und zu kritischen Maßstäben für eine Politik, die jeweils an ihren Früchten, nämlich an ihren Konsequenzen für den Menschen, zu erkennen und zu messen sein wird.“

Die Mitglieder der Programmkommission, insbesondere Richard von Weizsäcker als Vorsitzender sowie Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler als Generalsekretäre (1973 bis 1977 und 1977 bis 1989), haben in einer Vielzahl von Vorträgen, Diskussionsrunden und Symposien in Akademien, Universitäten, Bildungswerken und Parteiveranstaltungen die CDU-Programmatik erläutert und für die Neuformulierung christlich-demokratischer Grundsatzorientierung geworben.

### Das „C“ und der Ordoliberalismus

Die Sozialdemokraten, so Biedenkopf, könnten aufgrund ihrer geringen Erfahrungen als Volkspartei „die Integration unterschiedlicher Gruppierungen und Interessen zu einer regierungsfähigen Mehrheit“ erst seit Kurzem leisten. „Aufgabe der Oppositionszeit der CDU ist es, die programmatiche Aussage erneut zu formulieren und zu präzisieren. Der Rückgriff auf die programmaticen Aussagen der Jahre 1947 und 1949 ist dafür aus offensichtlichen Gründen nicht ausreichend. Die Bedingungen unserer Gesellschaft haben sich grundlegend geändert. Dies gilt vor allem für den Bereich der Wirtschaft. Aber auch eine Fortschreibung der Grundsatzaussagen der Nachkriegszeit vor dem Hintergrund der neu entbrannten Wertediskussion ist unerlässlich. Doch die Grundwerte, die unsere Politik bestimmen, sind sowohl im Ahlener wie im Düsseldorfer Programm in einer für den Charakter der CDU prägenden Weise enthalten.“

Die christliche Sozialethik und den ordnungspolitischen Liberalismus sieht Biedenkopf als die beiden wichtigsten Grundströmungen der CDU. Im Ahlener Programm (1947) und in den Düsseldorfer Leitsätzen (1949), dem Programm der Sozialen Marktwirtschaft, seien diese Gegensätze augenscheinlich geworden. Diese Programme stünden in wichtigen Fragen in einem Widerspruch zueinander, der in der CDU-Programmatik seither zwar nicht gelöst worden sei, jedoch für die weitere programmatiche Entwicklung der Union wichtige Antriebskräfte geliefert habe. Christliche Sozialethik und ordnungspolitischer Liberalismus müssten also zu einer neuen Synthese gefügt werden.

Mit seiner offenen und kritischen Art und einer Mischung aus politiktheoretischer Reflexion, ideengeschichtlichen Bezügen und politisch-strategischem Kalkül stieß Biedenkopf in der Öffentlichkeit auf äußerst positive Resonanz. Die CDU-Programmatik war mit einem Mal wieder in der überregionalen Tages- und Wochenpresse präsent, und das in einer Zeit, da Trendsetter in den Medien vor allem Themen aus dem linken Parteien- und Intellektuellenspektrum verbreiteten. Plausibel erschienen den Medienberichterstattern nicht zuletzt auch die Kriterien und die Unterscheidungsmerkmale bezüglich des Grundwerteverständnisses von CDU und SPD. Aufmerksam registrierte die Presse, dass in den Äußerungen Kurt Biedenkopfs wie auch Richard von Weizsäckers Begriffe wie „christliches Gedankengut“, „christliches Menschenbild“, „Verantwortung des Christen“ in einem neuen, zeitgemäßen Kontext erschienen.

Die Programmarbeit der CDU überraschte denn auch die Sozialdemokratische Partei. Der Kirchenreferent beim SPD-Parteivorstand, Rüdiger Reitz, bemerkte im SPD-Pressedienst vom 27. März 1974: Die Art und Weise, wie

die CDU in jüngster Zeit das „Thema ‚Grundwerte‘ und das ‚C‘ in der Politik“ traktiere, müsste die SPD beunruhigen. Als „Kopf der neuen Unions-Ideologie“ machte Reitz Kurt Biedenkopf aus. Der SPD- Kirchenreferent war alarmiert, dass das „C“, das in der CDU bisher vorwiegend auf das Christlich-Soziale ausgerichtet gewesen sei, nunmehr vor allem liberal interpretiert werde. „Dazu bietet sich christliches Gedankengut an, das, ordoliberal gedeutet, weder in den Fehler des Faschismus noch des biederer politischen Patriarchats verfällt.“

In der Tat wurde damit treffend das Novum der CDU-Programmatik markiert: Wohl war diese schon im Programm und in den Programmreden Konrad Adenauers personalistisch und kulturchristlich verstanden worden, aber in der theoriefreudigen Sprache der 1970er-Jahre konnten das Christliche und die christliche Person- und Verantwortungsidee konsistenter mit den Grundwerten sowie mit politischen Positionen und ordnungspolitischen Argumenten verbunden werden. Das hatte vor allem das erste Grundsatzprogramm der CDU von 1978 geleistet.

### Grundwerte und ihre Aktualisierung

In den Grundsatzprogrammen der CDU von 1994 und 2007, Letzteres unter dem Parteivorsitz von Angela Merkel, werden die Grundlagenkapitel des „Ludwigshafener Programms“ zum christlichen Menschenbild und den Grundwerten im Wesentlichen übernommen. Die Grundstruktur des christlichen Menschenbildes blieb unverändert. Die beiden jüngeren Grundsatzprogramme legen das christliche Menschenbild im Hinblick auf die Herausforderungen seit der deutschen Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges, der erweiterten Europäischen Union und der Globalisierung neu aus. Das Dokument der Wertekommision der CDU „Die neue Aktualität des christlichen Menschenbildes“ von 2002

bezieht ebenso wie ein Grundsatzpapier von Joachim Klose und Werner J. Patzelt („Christliche Werte und Politik“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Januar 2010) Position gegen Tendenzen in der Gesellschaft, „die sich dem christlichen Menschenbild offenbar immer weniger verpflichtet fühlen“, obwohl – so der Vorsitzende der CDU-Wertekommision Christoph Böhr – „die Vergewisserung dieses Menschenbildes im Blick auf eine Reihe aktueller politischer Fragen“ Klärung und Lösungen zu bieten vermag.

Für die CDU ergibt sich aus der aufgezeigten Entwicklung ein Dilemma: Einerseits kann und will die Partei von ihrer Geschichte und ihrem theoretischen Fundus das „C“ nicht aufgeben; andererseits vermag die Partei – angesichts weitgehender Säkularisierung der Gesellschaft, der „nachlassenden Strahlkraft der katholischen Soziallehre“ (Bernhard Vogel bei der Präsentation der ethischen Orientierungshilfe der Konrad-Adenauer-Stiftung: Im Zentrum: Menschenwürde. Politisches Handeln aus christlicher Verantwortung, 2006) und der Veränderungen des sozialen und parteipolitischen Spektrums – immer weniger Christen anzusprechen, insbesondere bei der Jugend. Die CDU – so zeigt der historische Rückblick – hat von den kirchlich engagierten Christen beider Konfessionen in ganz beträchtlichem Maße profitiert, programmatisch und politisch. Heute wird man einen gewissen Verlust einer aus religiöser Motivation und Orientierung gespeisten Christlichkeit nicht übersehen können. Diese Aporien betreffen nicht nur die Union als Partei und die Kirchen, sondern auch das politische Gemeinwesen im Ganzen. Jedoch bleibt das politiktheoretische Potenzial des „C“, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die aktuellen nationalen, europäischen, internationalen, interreligiösen, ökologischen, bioethischen Herausforderungen, davon unberührt.